



# Wer den Wind erntet

Zwölf gute Beispiele für kommunale Windprojekte

## INHALT

Genossenschaftlich für eine „märkische Energiewende von unten“	2
Wind machen für regionale Mobilitätskonzepte in der Müritzregion	3
Erarbeitung eines „substanziellen Beitrags“ der Windenergie im Schwarzwald	4
Burgdorf steuert seine Siedlungs- und Energiepolitik eigenverantwortlich	5
Breiter Schulterschluss für die Energiewende in Unterfranken	6
Zonierungskonzept in der Frankenhöhe umgesetzt	7
Schaubild und Tipp	8/9
Faire Verteilung der Gewinne auf der Hohen Geest	10
Radartechnik sorgt für dunkle Nächte über den Kögen	11
Politischer Wille für Wind in Wölkisch	12
Vermeidungsmaßnahmen berücksichtigen den Artenschutz	13
Hunsrücker planen über Landkreisgrenzen hinaus	14
Ampel zeigt Grün für Windenergie auf dem Veltruper Feld	15
Übersicht und Impressum	16

## EDITORIAL

### Liebe Leserinnen und Leser,

erst im Dezember 2015 bestätigte eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag der Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind), dass der breite gesellschaftliche Konsens über den notwendigen Ausbau der Windenergie ungebrochen ist. Um die Akzeptanz des Windenergieausbaus vor Ort zu verbessern, sprachen sich die Bürger für eine stärkere (85 %) und frühzeitigere (82 %) Beteiligung der Öffentlichkeit aus. Allerdings bestehen deutliche Diskrepanzen zwischen dem Wunsch nach Beteiligung und der tatsächlichen Inanspruchnahme von konkreten Maßnahmen.

Die vorliegende Publikation sammelt zwölf Kurzportraits sehr unterschiedlicher kommunaler Windenergieprojekte aus zehn Bundesländern. Sie stehen beispielhaft für die Herausforderungen und Chancen, denen verantwortliche Akteure in ihrem Planungsalltag begegnen. Es werden Maßnahmen und Ansätze aufgezeigt, wie sich Hürden im Planungsverfahren und Widerstände in der Bevölkerung zielorientiert lösen lassen.

Besonderes Augenmerk liegt auf der Vielfalt der erprobten informellen Formate und Methoden sowie der Vielzahl betroffener Akteure im Rahmen inter- und intrakommunaler Abstimmungsprozesse.

Mit diesen Vorbildprojekten möchten wir Planungsverantwortliche auf der Landes-, Regional- und Kommunalebene inspirieren und ermutigen, alle Kraft und Überzeugung in eine aktive Informationsarbeit und Öffentlichkeitsbeteiligung zu setzen. Es lohnt sich für sie und unterstützt die nachhaltige Entwicklung ihrer Region.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und viele Anregungen für die eigene Arbeit bei der Ausgestaltung der dezentralen Energiewende.

Ihr

Axel Tscherniak, Geschäftsführer

# Genossenschaftlich für eine „märkische Energiewende von unten“

## BRANDENBURG



## STANDORT

Gemeinde Rehfelde,  
Amt Märkische Schweiz,  
Landkreis Märkisch-Oderland,  
Planungsregion Oderland-Spree,  
Brandenburg

## AKTEURE

Gemeinde Rehfelde,  
Amt Märkische Schweiz,  
Arbeitskreis Rehfelde-EigenEnergie,  
Rehfelde-EigenEnergie eG,  
Denker & Wulf AG,  
Genossenschaftsverband e. V.,  
Finanzdienstleister wie Deutsche  
Kreditbank (DKB), Berliner Volksbank,  
Investitionsbank des Landes  
Brandenburg (ILB), Kreditbank für  
Wiederaufbau (KfW)

## PROJEKT

Genossenschaftsgründung in 2012,  
kommunales Energiekonzept in 2014,  
zwei BWEA des Typs Nordex N117  
à 2,4 MW bis vorauss. 2017,  
Änderung des Bebauungsplans

## KONTAKTBOX

Gemeinde Rehfelde  
Bürgermeister Reiner Donath  
Telefon +49 33435 75649  
[www.rehfelde-eigenenergie.de](http://www.rehfelde-eigenenergie.de)

Die knapp 5.000 Einwohner zählende Gemeinde Rehfelde liegt circa 30 Kilometer östlich von Berlin, am Rande der Märkischen Schweiz. Nach dem Willen der lokalen Energiegenossenschaft sollen sich voraussichtlich ab 2017 zwei Bürgerwindenergieanlagen (BWEA) in der Gemarkung Rehfelde bei den Ortsteilen Werder und Zinndorf drehen. Die dafür vorgesehene Fläche ist Teil des Windeignungsgebiets 26 (kurz: Windfeld 26), einer im Regionalplan Oderland-Spree ausgewiesenen Konzentrationszone.

Nach Widerständen in der Bevölkerung wurden 2001 zunächst neun WEA errichtet. Alte und neue Investoren drängten weiter, so dass beschlossen wurde, durch die kommunale Bauleitplanung Umfang und Ausmaß der Windenergieplanungen zu kontrollieren. Ein neuer Bebauungsplan konnte 2008 aufgestellt werden. Zwischenzeitlich handelte die Gemeindevertretung Rehfelde einen „städtebaulichen Vertrag“ mit dem Projektentwickler Denker & Wulf aus, um überhaupt in die konkrete Gestaltung des Bebauungsplans einsteigen zu können. Noch 2004 sollten ursprünglich 55 WEA realisiert werden, die in der Bauleitplanung auf 28 präzisiert wurden. Die heute für zwei Windräder diskutierte Teilfläche wurde damals aus naturschutzfachlichen Gründen gesperrt. Nach geänderter Rechtslage entfiel jedoch später die Sperre, da Abstandsregelungen für eine schützenswerte Vogelart neu bewertet wurden.

## Umdenken nach Fukushima: Bauleitplanung und ehrenamtliches Engagement

Mit der Reaktorkatastrophe von Fukushima setzte ein Paradigmenwechsel ein. Diesmal sah die Gemeinde Rehfelde darin den Ansatz, durch Bau und Betrieb eigener Anlagen ein wesentliches Element neben anderen Potenzialen zur Energie-Selbstversorgung zu haben. Angestoßen von der Bürgerinitiative „Grünes Tor Rehfelde“ fand sich im November 2011 ein Kreis von Personen zum Arbeitskreis Rehfelde-EigenEnergie (AKREE) zusammen, der sich als offenes Diskussions- und Arbeitsforum in Sachen dezentraler Energieversorgung im Interesse der Rehfelder Bürger versteht. Neben vielen Sondierungsgesprächen mit Institutionen und Akteuren aller Art im Bereich Alterna-

tive Energien brachte der AKREE die Gründung einer Genossenschaft hervor, die 2012 als Genossenschaft Rehfelde-EigenEnergie gegründet und im März 2013 im Genossenschaftsregister eingetragen wurde. Nach drei Jahren der intensiven Diskussionen, der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der Abwägung der Ergebnisse liegen die Unterlagen zur Änderung des Bebauungsplans nochmals aus und im Dezember 2015 steht der gemeindliche Aufstellungsbeschluss bevor. Mit Erteilung des Genehmigungsbescheids für die Errichtung von WEA rechnen die planungsverantwortlichen Akteure im Laufe des Jahres 2016.



**„Wir möchten den begonnenen Prozess weiter gestalten und unsere guten Erfahrungen Anderen vermitteln, als Gemeinde das eigene kommunale Energiekonzept umzusetzen und als aktives Mitglied der Genossenschaft zu handeln. Die Umsetzung dieses Windenergievorhabens ist ein wesentlicher Schritt auf dem Wege in eine preiswertere, unabhängige Energie-Zukunft mit lokaler Erschließung der Ressourcen und Bürgerbeteiligung – nachhaltig und umweltverträglich.“**

Reiner Donath, Bürgermeister



## Infobriefe als bewährtes Instrument

Der AKREE gibt seit seinem Bestehen in regelmäßigen Abständen bis zu sechs Info-Briefe pro Jahr an die Rehfelder Bürger heraus. In einer klaren Sprache, durch Schaubilder illustriert werden aktuelle Planungsstände und -schritte vorgestellt, werden gesetzliche Rahmenbedingungen, ökonomische Hintergründe und steuerliche Zusammenhänge erläutert. Es erfolgt darüber hinaus eine regelmäßige Bürgerinformation durch Veranstaltungen, Informationsstände und durch Pressemitteilungen. Online abrufbar sind wesentliche Planungsinhalte auf den Websites der Gemeinde und der Energiegenossenschaft.



## Mitbestimmung und finanzielle Teilhabe als Genossen

Die Rehfelde-EigenEnergie eG verfolgt seit November 2012 die Umsetzung von Projekten wie beispielsweise Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Dächern und auf Deponien im Gemeindegebiet, dezentrale Wärmeversorgungsprojekte sowie langfristige „Power to Gas“- und Biogasplanungen. Sie finanziert sich durch Darlehen ihrer Mitglieder bei guter Verzinsung und durch Bankkredite in Verbindung mit Programmen der Investitionsbank des Landes Brandenburg und der Kreditbank für Wiederaufbau. Die Gemeinde Rehfelde ist Mitglied der Genossenschaft und durch den Direktor des Amts Märkische Schweiz im Aufsichtsrat der Genossenschaft vertreten. Über verzinsliche Genossenschaftsanteile in Höhe von 250 EUR und Nachrangdarlehen für Genossenschaftsmitglieder haben Bürger der Gemeinde Rehfelde und auch der Region die Möglichkeit, sich an den geplanten Windenergieanlagen zu beteiligen. In der Gründungsphase ließen sich die Rehfelder vom Genossenschaftsverband e. V. eingehend beraten.

# Wind machen für regionale Mobilitätskonzepte in der Müritzregion

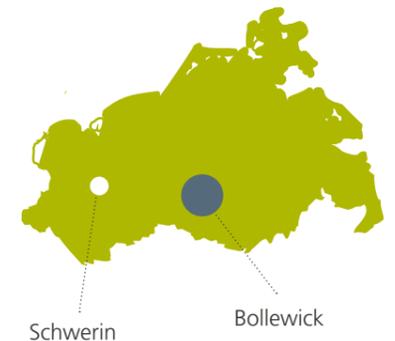
In der Müritzregion befürworten Gemeindevertreter die Erweiterung eines bestehenden Windfeldes, denn regionale Wertschöpfung und direkte Teilhabe versprechen Chancen für die Stabilisierung der kommunalen Haushalte und eröffnen Möglichkeiten für eine nachhaltige ländliche Entwicklung.

32 Windenergieanlagen (WEA) drehen sich bereits seit den Jahren 1999–2001 nahe der Bundesautobahn A19 im Windfeld Bütow/Zepkow.

Projektiert und betrieben von der Firma Enertrag produzieren diese mit 19,2 Megawatt Gesamtnennleistung ca. 35 Gigawattstunden pro Jahr. Mit der Möglichkeit der Erweiterung des Eignungsgebietes und der damit verbundenen Planung von weiteren 16 WEA des Typs Enercon E-101 stellten sich zehn Gemeindevertretungen den kommunalrechtlichen Herausforderungen und fassten 2014 entsprechende Beschlüsse zur Gründung einer Gesellschaft. Die Elde-EnergieDörfer GmbH & Co KG soll die Stromerzeugungserlöse einer neu zu errichtenden WEA den kommunalen Haushalten für das Bestreiten freiwilliger Aufgaben zuführen. Mit Sitz in Schwerin nahm

im Sommer 2012 die Gesellschaft ihre Arbeit auf. Aufgrund natur-schutzfachlicher Bedenken versagte die Genehmigungsbehörde acht von 16 geplanten WEA schließlich die Baugenehmigung. Vor allem im Rahmen der artenschutzrechtlichen Voruntersuchungen kartierte Rotmilanhorste verzögern derzeit die Umsetzung der Beteiligungs-WEA in der Gemarkung der Gemeinde Zepkow. Auch das innovative Konzept der Kommunalbeteiligung erfährt anfängliche Schwierigkeiten, insbesondere bei den für die Kommunalhaushalte zuständigen Behörden und Aufsichtsgremien.

## MECKLENBURG-VORPOMMERN



### STANDORT

Gemeinden Bütow und Zepkow, Amt Röbel-Müritz, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Mecklenburg-Vorpommern

### AKTEURE

Enertrag AG, Elde-EnergieDörfer GmbH & Co. KG, DorfKERN c/o ARGE Bioenergie Bollewick GbR

### PROJEKT

Erweiterung des bestehenden Windparks Bütow/Zepkow (32 WEA des Typs DeWind D4-48) um 8 WEA des Typs Enercon E-101, Nennleistung: 3.050 kW/WEA, Baugenehmigung in Aussicht

## KONTAKTBOX

ARGE Bioenergie  
Bollewick GbR  
Bertold Meyer  
Bürgermeister Bollewick  
Telefon +49 39931 52 90 9

Olaf Schätzchen  
ARGE Geschäftsführer  
Telefon +49 381 669 19 61  
[www.dorfkern.eu](http://www.dorfkern.eu)

Enertrag AG  
Dirk Donath  
Telefon +49 39854 6459 669  
[www.enertrag.com](http://www.enertrag.com)

## Institutionalisierte Akteursvielfalt als Stärke

Der in Gang gebrachte Willensbildungs- und Umsetzungsprozess mit all seinen Hürden und Herausforderungen offenbarte für alle an der Planung beteiligten Kommunen die Notwendigkeit, Interessen und Aktionen zu bündeln und mehr als üblich über Verwaltungsgrenzen hinweg sowie mit den Bürgern und Unternehmen zu kommunizieren. Hier bringt sich insbesondere das Bioenergiedorf Bollewick als Erfahrungsträger eigenwirtschaftlicher kommunaler Betätigung ein. Als Mitgestalter der lokalen Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern hat das Bioenergiedorf Bollewick eine hohe Sensibilität für Themen wie Energieautarkie und methodische Innovationen bei der Projektentwicklung.

In Kooperation mit der Gemeinde haben lokale und regionale Unternehmen die Plattform DorfKERN ins Leben gerufen, um genau diese Verbindung zwischen Energiewende, Landschaftswandel und ländlichen Entwicklungsstrategien anschaulich, verständlich und nutzbar zu machen. DorfKERN gilt als Synonym für eine Bildungslandschaft, angesiedelt im Dialog von Theorie und authentischer Praxis. Die Initiative dient dem kommunalen Energieprojekt als regionale Kontaktstelle und soll künftig Koordinator für kommunale Investitionen in Nachhaltigkeitsprojekte sein. DorfKERN wird zur Marke der Aktion für den ländlichen Raum



entwickelt, identitätsstiftend und zukunftsweisend. Synergien und Kooperationsräume, wie ein innovatives Mobilitätskonzept im Raum südliche Müritz, welches die Infrastrukturhürden dünn besiedelter Gebiete überwindet und die Einwohner am gesellschaftlichen Leben teilhaben lässt, steht auf der Agenda von DorfKERN.

Bis heute ist die Querverbindung Röbel – Wittstock verkehrstechnisch schlecht erschlossen. Hier wünschen sich Einwohner eine höher frequentierte und vom Schulverkehr unabhängige Erschließung der Region. Inwiefern es gelingen wird, sich im Zuge der Windenergieplanungen ebenfalls über fle-

xible, bedarfsorientierte E-Mobilitätskonzepte zu verständigen, hängt neben der erfolgreichen Realisierung der WEA und dem Durchhaltevermögen der lokalen Akteure ebenfalls von politischen Rahmenbedingungen und Weichenstellungen ab. Es wird entscheidend sein, ob eine Landesenergiestrategie diese Konzepte fördert und bereit ist, die dazu notwendige Emanzipation und Befähigung kommunaler Akteure auch durchzusetzen. Das Bottom-up-Prinzip, mit Unterstützung von Unternehmen unter verlässlichem Investitionsklima, scheint hierfür eine chancenreiche Option zu sein, mit langanhaltender Wirkung.

**„Wenn es uns gelingt, eine der nachhaltigen Regionalentwicklung verpflichtete Plattform zu bieten und zu „leben“, gerade in enger Kooperation mit verantwortungsbewussten Projektentwicklern und lokalen Akteuren, dann ist bald mehr als das aktuell verfolgte moderne Mobilitätskonzept im ländlichen Raum lebendige Realität.“**

Bertold Meyer, Bürgermeister



**„Keine noch so gute Website garantiert Akzeptanz für ein umstrittenes Projekt. Informationen sind das eine – Kommunikationsarbeit fängt jedoch da erst an, wo man Leuten zuhört, vor Ort präsent ist, erklärt, was bezweifelt oder nicht verstanden wird und den Spagat aushält – dann gehen Türen auf und eröffnen sich mit der Zeit Perspektiven.“**

Dirk Donath, Enertrag

# Erarbeitung eines „substanziellen Beitrags“ der Windenergie im Schwarzwald

## BADEN-WÜRTTEMBERG



### STANDORT

Gesamtgemeinde Schuttertal, Landkreis Ortenaukreis, Regierungsbezirk Freiburg, Baden-Württemberg

### AKTEURE

Gemeindevertretungen Seelbach, Schuttertal und der Nachbargemeinden, Landratsamt Ortenaukreis, Regierungspräsidium Freiburg, Kompetenzzentrum „Energie“

### PROJEKT

Aufstellung des Teilflächennutzungsplans Windenergie der VVG Seelbach/Schuttertal, 11/2012 bis 5/2015 Ausweisung von fünf Konzentrationszonen, parallele Planungen von interkommunalen Windparks, z. B. BWP Südliche Ortenau mit 7 WEA des Typs GE 2.75-120, Gesamtnennleistung: 19,25 MW, Inbetriebnahme vorauss. in 6/2016

### AUFGABE

Natur- und Artenschutz

## KONTAKTBOX

Gemeinde Schuttertal  
Bürgermeister Carsten Gabbert  
Telefon +49 7826 96666 0  
[www.schuttertal.de](http://www.schuttertal.de)

Im Rahmen der Aufstellung des Teilflächennutzungsplans Windenergie der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft (VVG) Seelbach/Schuttertal waren Überlegungen, in welchem Maße der Windenergienutzung im Schuttertaler Planungsgebiet „in substantieller Weise Raum gegeben“ werden kann, von zentraler Bedeutung.

Als Verfahrenshemmnis erlebten die kommunalen Planungsverantwortlichen die erforderlichen artenschutzfachlichen Untersuchungen, die zeitaufwändig und teuer waren. Mit der baulichen Realisierung des Bürgerwindparks (BWP) Südliche Ortenau wurde im April 2015 begonnen. Der Park soll im zweiten Quartal 2016 fertiggestellt sein.

## Interkommunale Zusammenarbeit als strategischer Erfolgsfaktor

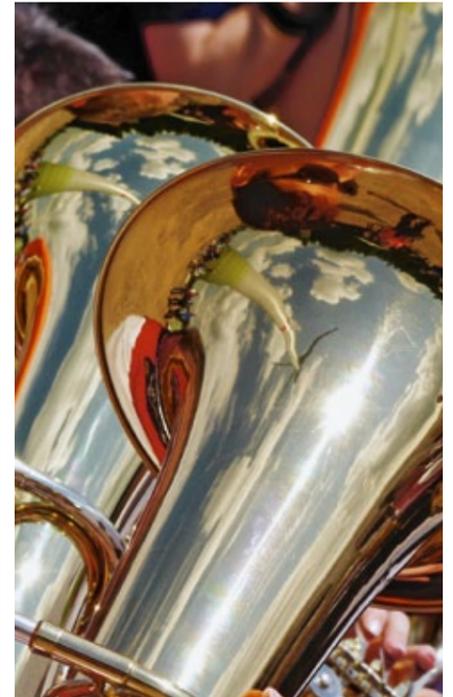
Die intensive und kontinuierliche fachliche Auseinandersetzung mit den Nachbarkommunen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Gemeinderäten und Verwaltungen der Gemeinden Seelbach und Schuttertal kann als zentraler Erfolgsfaktor identifiziert werden. Da sich die Vorranggebiete auf den windhöflichen Höhenrücken entlang der Gemarkungsgrenzen zu den Nachbarkommunen befinden, waren interkommunale Abstimmungsprozesse für eine transparente Planung erforderlich. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt fand ein informelles Gespräch der Verwaltungsspitzen statt, hieraus entwickelte sich in den folgenden Monaten eine enge interkommunale Zusammenarbeit, so dass die Belange der

Nachbarkommunen soweit möglich frühzeitig berücksichtigt werden konnten. Für den regelmäßigen Wissensaustausch zwischen den Verwaltungsmitarbeitern stellte sich als hilfreich heraus, dass die angrenzenden Nachbarkommunen planerisch überwiegend durch das gleiche externe Planungsbüro betreut wurden. Teilweise fanden gemeinsame Gemeinderatssitzungen statt, um sich auch auf lokaler Ebene austauschen und einzelne Planungsaspekte diskutieren zu können. Des Weiteren wurde der Bürgermeister der Stadt Ettenheim in eine öffentliche Bürgerversammlung nach Schuttertal eingeladen, um dessen Sichtweise auf die Vorhabenplanung kennenzulernen.



**„Wir hatten hohe Ansprüche an Transparenz und Beteiligung im Planungsprozess an den Tag gelegt. Das erfordert von den ehrenamtlich tätigen Gemeinderäten viel Zeit und Engagement. Der Aufwand kann hoch sein, denn nicht in jedem Fall wird eine konstruktiver Umgang mit Konflikten gepflegt, hier liegen auch methodische Herausforderungen guter Beteiligung.“**

Carsten Gabbert, Bürgermeister



## Beteiligung bindet Ressourcen

Für eine transparente Planung wurden alle Beratungen und Beschlüsse im Gemeinderat öffentlich gefasst. In den Gemeinderatsgremien wurden die Planungsschritte konstruktiv-kritisch begleitet. Die Ratsmitglieder wurden zeitnah über den aktuellen Stand der Planungen des Flächennutzungsplans informiert und fungierten auf diese Weise als Multiplikatoren in die betroffenen Bevölkerungsteile hinein. Es fanden mehrere Bürgerinformationsveranstaltungen statt und Besuche zu Windparks in der näheren Nachbarschaft wurden angeboten. Parallel wurde über die vorgesehenen interkommunalen Windenergieprojekte informiert.

Nachdem es Zweifel an der Realitätsnähe und Relevanz der von den Projektentwicklern eingebrachten Visualisierungen des Planungsvorhabens gab, wurde ein von kritischen Bürgern bestimmtes Planungsbüro beauftragt, diese Visualisierungen erneut vorzunehmen. Die planerischen Vorarbeiten wurden online publiziert sowie öffentlich im Rathaus ausgestellt.

Während große Teile der Anwohnerschaft den Windenergieplanungen in Schuttertal positiv gegenüber standen, formierte sich eine lautstarke Minderheit in der BI „Pro Schuttertal“, um ihren Protest zu artikulieren und auf die Gemeindevertreter Einfluss zu nehmen. Die fundierte Diskussion von Sachargumenten und der ehrliche Austausch über Lösungsansätze waren maßgeblich erschwert durch die mangelnde Kompromissbereitschaft der Windkraftkritiker. Die für die Kommunalpolitik entscheidungsrelevanten Fragen standen in den Gesprächen mit Projektkritikern meist im Hintergrund. Die Herausforderung besteht für die Kommunalpolitik und -verwaltung hier geeignete Formate zu finden, in denen Diskussionen möglich werden und die gesellschaftliche Notwendigkeit von Erneuerbare Energien-Projekten sichtbar werden kann.

# Burgdorf steuert seine Siedlungs- und Energiepolitik eigenverantwortlich

Zurzeit gibt es zwei Windparks im Burgdorfer Planungsgebiet. Nordöstlich von Ehlershausen und im Norden von Schillerslage drehen sich 16 Windenergieanlagen (WEA) mit insgesamt ca. 15 Megawatt Nennleistung. Zielvorstellung der Regionsversammlung ist es, dass fortan kreisangehörige Gemeinden der Region Hannover 1,2 Prozent ihrer Fläche als Vorranggebiete für die Windenergie ausweisen. Burgdorf hatte bereits 2011 begonnen, den Planungsstatus aus dem Jahr 1998 zu überdenken.

Handlungsbedarf ergab sich im Zusammenhang mit der im Klimaschutzrahmenprogramm 2012 festgelegten, gesteigerten Rolle der Windenergie. Um die kommunalen Handlungsspielräume maximal auszunutzen hinsichtlich der parallel geführten Ausweisung von

Konzentrationszonen im Regionalen Raumordnungsprogramm 2015 der Region Hannover, wird von Burgdorfs Stadtplanern der gemeinsame Meinungsbildungsprozess in allen politischen Gremien und in der interessierten Öffentlichkeit vorangetrieben.

## Bauverwaltung will Heft in der Hand behalten

Die Politik erteilte der Stadtverwaltung Burgdorf den Auftrag, einen unabhängigen Gutachter für die Potenzialflächenanalyse zu bestellen. In enger fachlicher Abstimmung mit der Region Hannover im Sinne des Gegenstromprinzips untersuchten 2014 Geo Net und Plan-Gis das gesamte Planungsgebiet. Sie erstellten eine erste Planungskulisse von ca. 420 Hektar Potenzialflächen, welche den politischen Entscheidungsträgern auf kommunaler Ebene vorgestellt und im Frühjahr 2015 veröffentlicht wurde.

Im März 2015 erfolgte zunächst die Beteiligung von Fachbehörden und anderen Trägern öffentlicher Belange, in einem zweiten Schritt die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung. Für das derart gestufte Vorgehen hatte man sich in der Bauverwaltung verständigt, um „den Sturm im Wasserglas zu vermeiden“, wenn öffentlich über Flächen diskutiert würde, die aufgrund fachlicher Restriktionen möglicherweise nicht mehr zur Verfügung stehen würden.

Die von einigen kritisch eingestellten Bürger und der FDP-Fraktion diskutierte Anwendung der bayerischen 10h-Regelung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ist aus Sicht der Burgdorfer Planungsverantwortlichen abzulehnen, da sie faktisch einer Verhinderungsplanung gleichkäme. Ein fachlich fundiertes Flächenmanagement, welches die Klimaschutzziele des Landes und rechtliche Vorgaben wie bspw. im Windenergieerlass berücksichtigt, unterstützt hingegen die Kommune bei der Entscheidung, welche Standorte als für Mensch und Tier unbedenklich einzustufen sind.



## Proaktive, informelle Beteiligung muss komplexe Konfliktlagen berücksichtigen

Der Luftsportverein Ehlershausen betreibt in der Nähe einer ermittelten Potenzialfläche seinen Segelflugplatz. Darüber hinaus sind von den Flächenausweisungen militärische Luftfahrtbelange betroffen. Nachdem anfänglich Transparenz und Offenheit in der Planung von den betroffenen Bürgern und Segelflugsportlern vermisst wurden, konnten dank konstruktiver Gespräche zwischen Projektierern, Modellflug- und Segelflugplatzbetreibern konkrete Flächenzuschnitte identifiziert werden, in denen WEA dem Luftfahrtbetrieb nicht entgegenstehen.

Als sich die Planung um Hülptingsen konkretisierte, formierte sich Protest in der BI Burgdorf Ost. Vor allem Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Immissionen befürchteten Kritiker. Auf Antrag eines Ratsherrn sollte „im Sinne eines vorsorgenden Gesundheitsschutzes“ die Stadtverwaltung Burgdorf weitere Standortplanungen solange aussetzen, bis neue Erkenntnisse und Gutachten über die Auswirkungen von Infraschall vorliegen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, die Stadtverwaltung erarbeitete eine Informationsdrucksache für die Politik zum Thema Infraschall. Unter Berücksichtigung einer eigens angefragten Stellungnahme des Umweltbundesamtes wurde die E-Mail-Korrespondenz besorgter Bürger dezidiert beantwortet, um die Diskussion zu versachlichen. Von kommunalen Planungsträgern werde seit vielen Jahren die Forschungssituation zum Thema Infraschall als unbefriedigend eingeschätzt, was die Vermittlung der komplexen Materie gegenüber dem Bürger weiter erschwerte.

Um direkte Erfahrungen mit moderner Anlagentechnik zu ermöglichen, organisierte die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Klimaschutzagentur der Region Hannover eine Exkursion nach Neustadt am Rübenberge im Sommer 2015. Hier konnten vor allem die optischen und akustischen Immissionen sowie die Platzierung von WEA in der Landschaft begutachtet werden.

Der Burgdorfer Stadtverwaltung ist es dann im September 2015 gelungen, eine Informationsveranstaltung unter Einbeziehung von Projektentwicklern und Bürgerinitiative auszurichten. In Form einer Informationsmesse konnten sich interessierte Besucher an Thementischen mit Projektentwicklern, Stadtplanern und BI-Vertretern zu einzelnen Aspekten der Planung verständigen. In gut besuchten, öffentlichen Versammlungen erfolgte zuvor eine intensive Präsentation und Erörterung der Planungsüberlegungen der Projektierer. Eine breite Berichterstattung über die Burgdorfer Planungen erfolgte für die Nachbarkommunen in der hannoverschen Allgemeinen Zeitung.

**„Das Vertrauen der Bürger in Politik und Verwaltung ist ein hohes Gut. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass gute Planungsbeteiligung bedeutet: stets mit Besonnenheit zu kommunizieren und die Bürger umfassend und nachvollziehbar zu informieren.“**

*Robert Lehmann, Stadt Burgdorf*

## NIEDERSACHSEN



### STANDORT

Stadt Burgdorf,  
Region Hannover,  
Niedersachsen

### AKTEURE

Stadtverwaltung Burgdorf,  
Klimaschutzagentur Region Hannover,  
Geo Net, Plan-Gis,  
wpd AG, Windstrom,  
BI Burgdorf Ost

### PROJEKT

Neuaufstellung des sachlichen Teilflächennutzungsplans,  
9/2015 Einreichen kommunaler Stellungnahme zum RROP 2015 der Region Hannover,  
aktuell Voruntersuchungen zu Vorhaben an fünf Standorten

### AUFGABE

Artenschutz, Luftverkehrssicherheit,  
Mindestabstände, Gesundheitsschutz,  
Infraschall

## KONTAKTBOX

Stadt Burgdorf  
Martina Behncke  
Telefon +49 5136 898 378  
[www.burgdorf.de](http://www.burgdorf.de)



# Breiter Schulterchluss für die Energiewende in Unterfranken

## BAYERN



## STANDORT

Stadt Haßfurt, Stadt Königsberg, Gemeinde Riedbach, Landkreis Haßberge, Planungsregion Main-Rhön, Regierungsbezirk Unterfranken, Bayern

## AKTEURE

GUT Haßberge mbH, BWP Sailerhäuser Wald GmbH & Co. KG, Landkreis Haßberge, BEG Haßberge eG, Städtische Betriebe Haßfurt, Unterfränkische Überlandzentrale eG, Planet Energy, Gemeinden Gädheim, Maroldsweisach, Oberaurach, Riedbach, Sand a. Main, Theres, Wonfurt, Städte Eltmann, Hofheim und Zeil a. Main

## PROJEKT

landkreisweites Gesamtkonzept für den Windenergieausbau, Realisierung des BWP Sailerhäuser Wald, 10 WEA des Typs Nordex N117-2.4, Gesamtnennleistung: 24 MW, Netzeinspeisung vorauss. 11/2015

## AUFGABE

Natur- und Artenschutz, Landschaftsbild

## KONTAKTBOX

GUT Haßberge mbH  
Gunter Häckner  
Telefon +49 9521 94 94 96  
[www.gut-hassberge.de](http://www.gut-hassberge.de)

Der Standort des Bürgerwindparks (BWP) Sailerhäuser Wald wurde nach vierjähriger Planungsphase als Vorbehaltsgebiet WK 63 in der Planungsregion Main-Rhön ausgewiesen. Seit dem Spätherbst 2015 speisen hier zehn Windenergieanlagen (WEA) in das deutsche Stromnetz ein. Der größte BWP Unterfrankens ist ausschließlich auf öffentlichem Grund realisiert worden, neben der Stadt Königsberg und der Gemeinde Riedbach ist auch die Universität Würzburg Verpächterin der Flächen.

Bereits 2011 hatten sich der Landkreis Haßberge gemeinsam mit seinen 26 Kommunen für die Gründung einer kommunal getragenen „Energiewendegesellschaft“ (GUT Haßberge mbH) zusammengefunden. Ende 2012 wurde eine landkreisweit tätige Bürger-Energiegenossenschaft (BEG Haßberge eG) gegründet. Umfangreiche Abstimmungen, moderiert durch die Projektentwicklerin GUT Haßberge mbH, waren erforderlich, bis eine Betreiber-gesellschaft in der Rechtsform einer GmbH & Co. KG ihre Arbeit aufnehmen konnte.

## Sensibler Umgang mit dem Naturhaushalt als Planungsmaxime

Bei Nutzung aller Möglichkeiten zur Eingriffsminimierung konnten in dem großflächigen Waldgebiet naturschutzfachliche Bedenken im Planungsprozess ausgeräumt werden. Das Windenergievorhaben im Sailerhäuser Wald ist freiwillig im förmlichen Genehmigungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt worden. Für die erforderlichen Rodungen von Kranstell- und Wegeflächen wurden in gleichem Umfang

angrenzende Flächen bestimmt und aufgeforstet, sowie weitere ökologische Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt. Flächige Horstkartierungen hatten ergeben, dass keine signifikante Gefährdung von den WEA für geschützte Tierarten ausgeht. Als Nebenbestimmung wurde im Genehmigungsbescheid verfügt, die Anlagen im Sommer der ersten Betriebsjahre während der Nacht auszuschalten und ein begleitendes Fledermausmonitoring durchzuführen.



**„Eine Energiewende in Bayern erfordert zwingend den massiven Zubau von Windenergieanlagen. Unter den derzeitigen politischen Bedingungen gelingt dies vor Ort nur mit einem ganzheitlichen Ansatz, in breitem Schulterchluss von Bürgern und Kommunen und unter Einbeziehung kompetenter und engagierter Partner wie regionaler Stadtwerke oder Stromversorger.“**

Gunter Häckner, GUT



## Wertschöpfung bleibt in der Region

Die Flächensituation in Sailershausen zeigt klare Verhältnisse: zwei Kommunen und die Universität Würzburg als Flächeneigentümer im Vorbehaltsgebiet erhalten Erlöse aus Pachten. Eine in anderen Fällen aufwendige Aushandlung von Verteilschlüsseln für Pachteinahmen in einer heterogenen Raumsituation wurde nicht erforderlich. Da sich alle Anlagenstandorte auf öffentlichen Flächen befinden, kommen die Pachteinahmen der Allgemeinheit zugute. Diese Wertschöpfung bleibt somit weitgehend in der Region, zudem gelangt vollumfänglich die Gewerbesteuer an die Kommunen, da die Betreibergesellschaft vor Ort angesiedelt ist. Drei Viertel des Eigenkapitals stammen von lokalen oder regionalen Bürgern, Kommunen und Energieversorgern.

## Beteiligungsprozesse in Planungs- und Bauphase

Durch die linienförmige Anordnung der Windräder entlang eines Höhenrückens konnte ein landschaftsästhetisch günstiges Windparklayout umgesetzt und eine Umzingelung von Ortslagen ausgeschlossen werden. Die Visualisierung möglicher Auswirkungen auf das Landschaftsbild in Form von klassischen Fotomontagen ist elementarer Bestandteil der Informationsarbeit in der Projektentwicklung. Hier konnte die GUT Haßberge GmbH im konstruktiven Dialog mit der Bürgerschaft prägnante Standorte für Aufnahmen bestimmen und den Blick auf die geplanten Windräder visualisieren. Mehrfach erwiesen sich Informationsabende für die Verbreitung grundlegender Informationen in weite Teile der Bürgerschaft als erfolgreich. Die Einbindung von windenergiekritischen Bevölkerungsteilen in den Planungs- und Beteiligungsprozess stellte sich als Herausforderung dar. Hier wird die Bedeutung von guter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für den differenzierten Umgang mit Konflikten erkannt. Der lokalen Berichterstattung in Haßberge konnte eine konfliktorientierte, um Ausgewogenheit und Sachlichkeit bemühte Position zugeschrieben werden. Bewährtes Instrument der Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsprozess ist die Bürgerversammlung. Die Projektwebsite, die bis über die Inbetriebnahme der Anlagen hinaus über das Projekt informiert, wurde ebenfalls gut angenommen. Über die Etablierung von Runden Planungstischen für zukünftige Vorhaben wird nachgedacht.

# Zonierungskonzept in der Frankenhöhe umgesetzt

Das Projekt liegt in der hügeligen, waldreichen Landschaft des Naturparks Frankenhöhe in der NorA-Gemeinde Flachslanden. NorA ist eine kommunale Allianz von fünf Gemeinden, die sich 2004 im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens Ansbach-Nord für gemeinsame Projekte zusammengeschlossen haben. Über sechs Jahre bemühten sich die NorA-Gemeinden um die Realisierung eines Bürgerwindparks, scheiterten allerdings, da bei Einhaltung der Abstände zur Wohnbebauung nur Standorte im Landschaftsschutzgebiet (LSG) des Naturparks möglich gewesen wären, welche der damalige Regionalplan Westmittelfranken als Ausschlussflächen definierte.

Durch den Windkrafterlass der Bayerischen Staatsregierung vom Dezember 2011 wurden Zonierungen der Naturparke im Hinblick auf eine verträgliche Nutzung bestimmter Flächen innerhalb des LSG für die Windenergienutzung möglich. Mit Unterstützung des Umweltministeriums und des Regierungsbezirks erstellte der Naturpark Frankenhöhe ein Zwei-Zonen-Konzept für sein Gebiet. Nach intensiver Prüfung hinsichtlich Schutz des Landschaftsbildes, Natur- und Artenschutz sowie Kultur, Erholung und Tourismus öffnete das Konzept im Juli 2013 5,5 Prozent der LSG-Fläche. Weitere Prüfungen zu luftfahrtrechtlichen und militärischen Belangen (US-Hubschrauber

in Katterbach), Schall- und Schattenwurf und Wirtschaftlichkeit ergaben eine Restfläche, die eine Errichtung von ursprünglich bis zu acht Anlagen erlaubte. Unter Rücksichtnahme auf Anwohnerinteressen, die einen Vorsorgeabstand von 800 Metern geboten, reduzierte man das Plangebiet erneut auf eine östlich von Birkenfels gelegene Teilfläche für vier zu errichtende WEA. Man erreichte entsprechend dieser Vorgaben eine sensible Standortplanung und das Windvorranggebiet WK 56 wurde vom Regionalen Planungsverband ausgewiesen. Im Juni 2014 wurde es von der Regierung von Mittelfranken für verbindlich erklärt.

## Herausforderungen eines Waldstandorts gemeistert

Die gesamte Windparkfläche im Birkenfelder Forst befindet sich im Eigentum der Bayerischen Staatsforsten (BaySF), was sich als größte Herausforderung für das Projekt herausstellen sollte. Der bereits endverhandelte Standortsicherungsvertrag durfte zunächst wegen der energiepolitischen Entwicklungen vor der Landtagswahl 2013 – insbesondere der 10H-Abstandsregelung – von den Staatsforsten nicht unterschrieben werden. Die Gemeinden sahen sich vor dem Scherbenhaufen ihrer Bemühungen, ließen sich allerdings nicht entmutigen. Gutachten und Voruntersuchungen waren in Auftrag gegeben, weswegen der kommunale Planungswille ungebrochen blieb und diverse Akteure mobil machten.

Alle regionalen Abgeordneten im Landtag und im Bundestag unterstützten das Projekt, ebenfalls berichtete die regionale wie überregionale Presse und das Fernsehen über die Planungen. Größtes Argument war die interkommunale Zusammenarbeit, die transparente Planung und der Rückhalt in der Bevölkerung. Im März 2014 gelang es Kommunen und Projektentwicklern letztlich, den Standortsicherungsvertrag abzuschließen. Die Position der Staatsforsten hatte sich zugunsten des NorA-Bürgerwindparks geändert.

**„Wir als Bürgermeister waren uns stets einig darüber, dass wir selber in unseren Gemeinden von den erneuerbaren Energien profitieren wollen. Das fängt schon bei der Auswahl des Planungsbüros an und dem Sitz der Betreibergesellschaft an. Erneuerbare Energien sind eine Chance für den ländlichen Raum.“**

*Hans Henninger, Bürgermeister*



## Projekt von Bürgerschaft und Amtsträgern gemeindeübergreifend unterstützt

Das ortsansässige Planungsbüro stellte das Projekt am Beginn der Planung in jeder NorA-Gemeinde öffentlich vor und informierte später noch einmal über die Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung. Zur besseren Abstimmung wurde ein gemeinsamer Ausschuss für erneuerbare Energie aller Gemeinderäte installiert. Regelmäßig erschienen Berichte über den Planungsfortgang in der Lokalpresse. Die Angebote zur finanziellen Teilhabe wurden von privaten Anlegern derart gut angenommen, dass binnen kürzester Zeit das nötige Eigenkapital gezeichnet wurde und sogar eine Eigenkapitalaufstockung vorgenommen werden konnte. Der ganz überwiegende Anteil der Zeichnungen entfiel auf kleine Summen von bis zu 20.000 EUR von Bürgern der NorA-Gemeinden. Es wurden

keine Investoren von außen und Stadtwerke zugelassen.

Durch gute Medienarbeit, die Vernetzung mit politischen Akteuren auf Landes- und Bundesebene und langjährige sorgfältige Fachplanung konnten Vorbehalte gegen das Zonierungskonzept und Einwände im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zerstreut werden. Nach intensiver Diskussion wurde auch das finanzielle Risiko sowie die zu erwartenden Gewerbesteuereinnahmen anhand fundierter Sachargumente (v.a. Entfernung zu den Anlagen) einvernehmlich unter den Gemeinden verteilt. Nach den Kommunalwahlen 2014 setzten auch die neugewählten Bürgermeister – drei von fünf Bürgermeistern wechselten – den eingeschlagenen Kurs unbeirrt fort und führten das Projekt endgültig zum Erfolg.

### BAYERN



### STANDORT

Markt Flachslanden,  
Planungsregion Westmittelfranken,  
Regierungsbezirk Mittelfranken,  
Landkreis Ansbach,  
Bayern

### AKTEURE

Kommunale Allianz nördlicher  
Landkreis Ansbach (NorA),  
bestehend aus Markt Flachslanden,  
Markt Lehrberg, Oberdachstetten,  
Rügland und Weihenzell,  
NorA Bürgerwind GmbH & Co. KG,  
NorA Verwaltungs GmbH,  
Naturenergie Zeilinger UG, Windkraft  
Dornauer UG, Naturpark Frankenhöhe,  
Bayerische Staatsforsten

### PROJEKT

NorA BWP Birkenfels,  
4 WEA des Typs Vensys VE 112 à 2,5 MW,  
Gesamtnennleistung: 10 MW,  
Zonierungskonzept Naturpark  
Frankenhöhe, Aufnahme des Vorrang-  
gebietes WK 56 in den Regionalplan,  
Inbetriebnahme vorauss. in 11/2015

### AUFGABE

Natur- und Artenschutz, Luftfahrtrecht,  
Landschaftsbild

## KONTAKTBOX

Markt Flachslanden  
Bürgermeister Hans Henninger  
Telefon +49 9829 911 111  
[www.flachslanden.de](http://www.flachslanden.de)

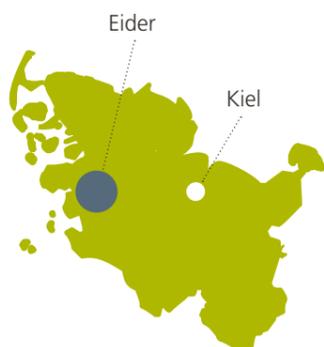
NorA Bürgerwind GmbH & Co. KG  
Geschäftsführer  
Reinhold Zeilinger  
Telefon +49 9102 600





# Faire Verteilung der Gewinne auf der Hohen Geest

## SCHLESWIG-HOLSTEIN



### STANDORT

Gemeinden Hennstedt, Norderheistedt, Süderdorf, Tellingstedt, Amt KLG Eider, Kreis Dithmarschen, Schleswig-Holstein

### AKTEURE

Amtsausschuss sowie Gemeindevertretungen KLG Eider, Kreisverwaltung Dithmarschen, BWP Eider Verwaltungs-GmbH, BWP Eider GmbH & Co. KG

### PROJEKT

ABWP Eider, 21 WEA des Typs Vestas V112, Gesamtnennleistung: 69,3 MW, Errichtung aller WEA bis vorauss. 12/2015

### AUFGABE

Natur- und Artenschutz, Radarverträglichkeit

## KONTAKTBOX

Bürgerwindpark Eider  
Verwaltungs-GmbH  
Gemeinde Hennstedt/  
Amt KLG Eider  
Gerald Grimmer  
Telefon +49 4836 8437  
[www.buergerwindpark-eider.de](http://www.buergerwindpark-eider.de)

Der aus vier Teilen bestehende Amtsbürgerwindpark Eider ist ein interkommunal getragenes Vorhaben im nördlichen Dithmarschen. Die ländlich geprägte Region auf der Hohen Geest hält heimatverbunden an dem historischen Begriff der Kirchspiele fest, den ursprünglichen Pfarrbezirken. In der Dithmarscher Bauernrepublik des 14. Jahrhunderts bildeten diese Kirchspiele unabhängige Einheiten, in denen weltliche und politische Strukturen zusammenwuchsen.

Bereits 2009 hatte das Amt Kirchspielslandgemeinden (KLG) Eider beschlossen, einen Amtsbürgerwindpark (ABWP) unter der Maßgabe zu errichten, jedermann am Wertschöpfungsprozess aktiv teilhaben zu lassen. Neben der Möglichkeit für Bürger, durch Investitionen in die Anlagen eine angemessene Rendite zu erzielen, sollten vor allem regionale Unternehmen und Finanzierer sowie Verpächter der Nutzungsflächen profitieren. Durch positive Arbeitmarkteffekte und vor allem Gewerbesteuereinnahmen erhofften sich die beteiligten Gemeindevertreter, zusätzliche Einnahmemöglichkeiten für die defizitären Kommunalkassen, mehr finanzielle Mittel für die Breitbandvernetzung und den Bildungsbereich sowie die Förderung gemeinnütziger Einrichtungen vor Ort.



## Planungssicherheit für ausreichend große Flächen schaffen

Als in Schleswig-Holstein die Regionalpläne teiltfortgeschrieben wurden, waren die Kommunen im Planungsraum IV aufgefordert, geeignete Flächen für die Windenergienutzung an die Regionalplanung zu melden. Bei der ersten Anhörung im Mai 2012 waren nur zwei Eignungsgebiete in Norderheistedt und Süderdorf ausgewiesen worden. Knapp 60 Hektar Nutzfläche erschienen für einen Amtsbürgerwindpark nicht groß genug. Unter Zuhilfenahme von Argumenten aus der Kreisverwaltung, Bürgerschaft sowie der Lokal- und Kreispolitik konnte in der zweiten Anhörung darauf hingewirkt werden, dass weitere Konzentrationszonen ausgewiesen werden. Nach Auswertung der

Einwendungen wurden sowohl in Hennstedt als auch in Tellingstedt zusätzliche Flächen regionalplanerisch bestätigt. Nach rechtsverbindlicher Anerkennung im Dezember 2012 standen für die Errichtung des Bürgerwindparks dann insgesamt 156 Hektar Fläche zur Verfügung.

Für den Teilwindpark Hennstedt musste ein Flächennutzungsplan erstellt werden. Verzögerungen ergaben sich hier vor allem durch den neuen schleswig-holsteinischen Artenschutzlerlass sowie durch die umfangreiche Abwägung von Bürgereinwendungen. Die Genehmigung des Flächennutzungsplans durch das Land Schleswig-Holstein erfolgte schließlich ohne Auflagen im 3. Quartal 2014.

**„Das klare Bekenntnis zur Ausgestaltung der Energiewende muss sich nicht nur auf oberster politischer Ebene wiederfinden, sondern schließlich bis in die Verwaltung wirken. Hier sind Motivation und Tatkraft gefordert von jedem einzelnen Mitarbeiter.“**

**„Die Beziehungsebene ist oft mindestens genauso wichtig wie starke Sachargumente, da Prozesse häufig nur beschleunigt werden können, wenn man persönliche Kontakte nutzen kann.“**

Gerald Grimmer, BWP Eider

## Vielfältige Maßnahmen und integratives Projektmanagement vorhalten

Eine Planungs-beteiligung erfolgte auf vielfältige Weise: in den Sitzungen der Gemeindevertretungen und im Amtsausschuss KLG Eider wurde die Errichtung des ABWP thematisiert. Mehrfach wurden Informationsveranstaltungen angeboten, teilweise mit weit über 300 Bürgern. In Printmedien und über Rundfunk erfolgte die Unterrichtung über aktuelle Planungsstände. Nicht zuletzt wegen der aufgeschlossenen Grundstimmung der Bürgerschaft konnte die Öffentlichkeitsarbeit positive Aspekte und Chancen der Planung herausstellen und erfolgreich für die finanzielle Beteiligung werben. Auch die interkommunale Abstimmung mit den Nachbargemeinden verlief ohne Reibung.

Nach Gründung der Windparkgesellschaften wurde eine Projekthomepage eingerichtet. Ein Anlegerinformationssystem (AIS) mit passwortgeschütztem Bereich erlaubt den Zugang zu exklusiven Informationen. Für die Kommanditisten wurden in einer frühen Projektphase Informationsbriefe verfasst. Für die Besprechung und Lösung konkreter Probleme wurden Beiratssitzungen unter Beteiligung der unterschiedlichen Akteure einberufen.

Die Erfahrung zeigte, dass ein integratives Projektmanagement die Abläufe in allen Phasen (Erkundung – Entwicklung – Genehmigung – Bau) optimieren kann. Fundamental wichtig ist die systematische Abstimmung der Einzelmaßnahmen im Hinblick auf die Zielerreichung. Hier helfen Checklisten und effizientes Controlling sowie ungeachtet des Mehraufwands die genaue Dokumentationen von Vorgängen, Beschlüssen, Entscheidungen. Der Aufbau eines engmaschigen Akteursnetzwerks und die kontinuierliche Kontaktarbeit mit erfahrenen Bürgerwindparkbetreibern sind zu empfehlen.

## Gewerbesteuersplitting nach besonderem Verteilschlüssel

Zum Nutzen der 26 beteiligten Gemeinden wurde ein spezielles Gewerbesteuermodell entwickelt, demnach jede Standortgemeinde eine Hälfte der ihr zustehenden Gewerbesteuer behält, die zweite Hälfte in einen gemeinsamen Fonds fließt. Nach den jeweiligen Anteilen der Gemeinden bzw. den Anteilen der in dieser Gemeinde wohnenden Kommanditisten werden die Gelder aus diesem Fonds weiter verteilt.

Somit erhalten fast alle Eider-Gemeinden Gewerbesteuereinnahmen von der BWP Eider GmbH & Co. KG. Dieses Modell setzt einen Wertschöpfungsprozess in Gang, der über viele Jahre die Region finanziell stärken und einen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten kann.

# Radartechnik sorgt für dunkle Nächte über den Kögen

Nahe der Stadt Bredstedt liegt die 330 Einwohner zählende Gemeinde Reußenköge in der nordfriesischen Marsch. Sie umfasst sieben eingedeichte Köge und erstreckt sich auf etwa zwölf Kilometern Länge entlang der Nordseeküste. Ihre hochwertigen Böden sind bis heute die Basis für eine ertragreiche Landwirtschaft. Das 1.000 Hektar große Planungsgebiet zählt zu den windhöufigsten Gegenden Deutschlands und der Dirkshof zu den Windkraft-Pionieren der ersten Stunde.

Bereits 1989 wurde in Reußenköge Windstrom geerntet, zum Teil mit kleinen Hofanlagen für den landwirtschaftlichen Eigenverbrauch. Die Akzeptanz ist seitdem ungebrochen: fast 80 Prozent der Koogs-Bewohner sind Mitglied einer Betreibergesellschaft oder

Betreiber einer Windenergieanlage (WEA). Gemeindebürgermeister Dirk Albrecht ist Geschäftsführer des Bürgerwindparks (BWP) Reußenköge. Aktuell erzeugen 75 Anlagen mit einer Gesamtnennleistung von 168 Megawatt Strom aus Windenergie.



## Fusion sichert Teilhabemöglichkeiten

Die Entstehung des Bürgerwindparks Reußenköge geht zurück auf sechs Vorgängerprojekte, die Windparks Reußenköge I bis VI, welche über mehrere Bauphasen von 2003 bis 2011 entstanden. Die bauleitplanerischen Aktivitäten der Gemeinde Reußenköge begannen, als mit dem Stromeinspeisungsgesetz 1991 die Investoren planerische Sicherheit gewannen. Durch Bebauungspläne wollte die Gemeinde die künftige Entwicklung so steuern, dass weitere Windparks ermöglicht und Wildwuchs durch vereinzelte Hofanlagen verhindert werden. Weiteres Ziel war die Sicherstellung von finanziellen Teilhabemöglichkeiten für ortsansässige Bürger. Später im Rahmen der 17. Änderung des Flächennutzungsplans wurde die Errichtung von Windenergieanlagen in Reihen als städtebauliches Konzept verankert. Ebenfalls verabschiedete man sich von einer 100 Meter-Höhenbegrenzung für Windenergieanlagen. Ursächlich für die durchgeführte Fusion aller Windparks zum großen Bürgerwindpark Reußenköge war jedoch die 2014 verabschiedete Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

## Durch Windenergie zu Wohlstand gekommen

Die Gemeinde Reußenköge, deren Haushalt seit vielen Jahren stabil ist, profitiert stark von Gewerbesteuereinnahmen aus der Windenergienutzung. Sie konnte mit den Geldern die Breitbandversorgung realisieren und das ehemalige Schulgebäude ausbauen, um Gemeinschaftsräume für die Gemeinde, die Landjugend und die freiwillige Feuerwehr zu schaffen. Junge Familien werden jährlich mit 200 EUR pro Kind unterstützt. Für eine ländliche Region; die jährlich

10.000 Touristen empfängt, sind vor allem Verkehrsinfrastrukturen von Bedeutung: so wurde das Radwegenetz von Nord nach Süd über knapp zwölf Kilometer sowie von Ost nach West über knapp drei Kilometer erweitert. Nachbargemeinden wie Ockholm wurden bei Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur unterstützt. Für 60.000 EUR hat Reußenköge eine sogenannte Stöpe erneuert, die dazu dient, die Deichöffnungen, durch welche Straßen führen, bei einer Sturmflut zu verschließen. Eine Turnhalle im nahen Bredstedt wurde mit neuen Sportgeräten ausgestattet. Auch andere freiwillige Aufgaben wie die Restaurierung einer Gedenkstätte konnten gefördert werden.

## Passiv-Radar-System in Erprobungsphase

Der Dirkshof, Projektentwickler und Betreiber in Reußenköge, stellt sich der Notwendigkeit zur beständigen Weiterentwicklung von Technologien, damit die Windenergienutzung möglichst konfliktarm, nachhaltig und kostengünstig gestaltet werden kann. Neben der Erforschung von Speichertechnologien und der Direktvermarktung des Windstroms engagiert sich der Dirkshof gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für

Hochfrequenzphysik und Radartechnik für ein modernes Konzept zur Hindernisbefehung der Windparks. Ab 100 Metern Gesamthöhe schreibt das Luftverkehrsgesetz eine Hindernisbefehung vor, da insbesondere bei Nacht, Nebel und schlechtem Wetter Windräder eine Gefahr für die Luftfahrt darstellen können. In der Regel ist es ein rotes Hindernisfeuer, welches den Piloten in der Dunkelheit vor den Anlagen warnt, jedoch die Anwohner der Windparks beeinträchtigen kann.

Das neue Passiv-Radar-System (PARASOL) schaltet erst bei Annäherung eines Flugzeuges die Warnbefehung ein. Es nutzt bereits vorhandene Rundfunksignale und gibt keine eigene Radarstrahlung ab, womit ein besonders umweltverträgliches, kostengünstiges und vor allem anwohnerfreundliches Warnsystem etabliert werden soll. Seit Oktober 2013 verrichtet das System in der Prototypentestphase an drei WEA erfolgreich seinen Dienst. Der Testbetrieb mit der bedarfsgerechten Befehung wird erst nach der Systemzulassung, die für 2015 avisiert ist, geplant.

## Konzept zum Schutz der Wiesenweihe erarbeitet

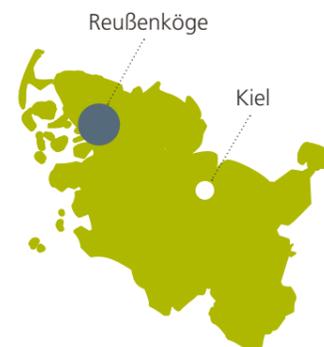
Mit einer Laufzeit von 25 Jahren wurde 2014 das Wiesenweihen-Schutzkonzept ins Leben gerufen. Bio Consult SH analysiert und begleitet die Brutzeiten der Wiesenweihen, beauftragt durch den BWP Reußenköge, benachbarte Windparks sowie der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Nordfriesland. Es erfolgt zum einen eine enge Abstimmung mit ortsansässigen Landwirten, um den Anbau der für die Brutstätte nötigen Wintergerste zu koordinieren. Zum anderen werden die Standorte der neuen WEA mit der Planungsabteilung des Dirkshofs abgestimmt.

**„Seit nunmehr drei Jahrzehnten sind unsere Bürger an den Windparks beteiligt, die wir durch eine maßgeschneiderte Fusion ein weiteres Mal optimieren konnten. Wir sind stolz mit dem zweiten Repowering einen Beitrag zur Energiewende leisten zu können!“**

*Dirk Albrecht, Bürgermeister*



## SCHLESWIG-HOLSTEIN



### STANDORT

Gemeinde Reußenköge, Amt Mittleres Nordfriesland, Kreis Nordfriesland, Planungsraum Schleswig-Holstein Nord, Schleswig-Holstein

### AKTEURE

Gemeindevertretung Reußenköge, Dirkshof – EED GmbH & Co. KG, Fraunhofer-Institut für Hochfrequenzphysik und Radartechnik (FHR), Bio Consult SH

### PROJEKT

Fusion zum BWP Reußenköge, durch Repowering Leistungsverdopplung bis 2020

### AUFGABE

Natur- und Artenschutz, Abstand zur Wohnbebauung, Luftverkehrssicherheit

## KONTAKTBOX

Gemeinde Reußenköge  
Bürgermeister Dirk Albrecht  
Telefon +49 4671 930327  
[www.reussenkoege.de](http://www.reussenkoege.de)

Bürgerwindpark Reußenköge  
[www.dirkshof.de/windparks/windpark-reussenkoege](http://www.dirkshof.de/windparks/windpark-reussenkoege)

# Politischer Wille für Wind in Wölkisch

## SACHSEN



## STANDORT

Stadt Lommatzsch, Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge, Landkreis Meißen, Sachsen

## AKTEURE

Stadtverwaltung Lommatzsch, Windpark Wölkisch GmbH & Co. KG, WSB Projekt GmbH, IG PRO Lautzschen, Sächsische Landsiedlung GmbH (SLS), Deutsche Kreditbank AG (DKB), Energieallianz Deutschland, Fachhochschule Mittweida

## PROJEKT

Windpark Wölkisch mit 10 WEA des Typs Senvion MM92, Gesamtnennleistung: 20,5 MW, ZAV in 2012, mit 8 WEA am Netz seit 6/2015

## AUFGABE

rechtspolitischer Rahmen, Natur- und Artenschutz, Landschaftsbild, Denkmalschutz

## KONTAKTBOX

Stadt Lommatzsch  
Bürgermeisterin Dr. Anita Maaß  
Telefon +49 35241 540 41  
[www.lommatzsch.de](http://www.lommatzsch.de)

WSB Projekt GmbH  
Geschäftsführer  
Markus Brogssitter  
Telefon +49 351 211 83 400  
[www.wsb.de](http://www.wsb.de)

Inmitten der Hügellandschaft der Lommatzscher Pflege liegt das circa 60 Hektar große Plangebiet Wölkisch, nordöstlich der sächsischen Kleinstadt Lommatzsch. Vor allem dank der fruchtbaren und ertragreichen Böden ist die Region durch landwirtschaftliche Betriebe geprägt.

Aufgrund der günstigen Bedingungen für die Windenergie wurde erstmalig Ende der 1990er Jahre ein Bauantrag zur Errichtung von fünf Windenergieanlagen (WEA) nördlich des heutigen Standorts (damals auf der Gemarkung der Gemeinde Diera-Zehren bei Wölkisch) gestellt, welcher im Landratsamt Meißen aus naturschutzfachlichen Gründen damals noch abgelehnt wurde. Insbesondere Rotmilan, Nordische Gans und andere geschützte Arten haben ihren Lebensraum in der Region, in welcher derzeit der bislang größte Windpark Sachsens in 2015 realisiert wurde.

## Regionalplanung mit Zielvorgabe zur Höhenbegrenzung zukünftiger Anlagen

Im Zuge der Teilfortschreibung des Regionalplans Oberes Elbtal/Osterzgebirge wurde 2001 ein Vorranggebiet am heutigen Standort ausgewiesen sowie die Höhenbegrenzung für zukünftig zu errichtende WEA auf maximal 100 Meter festgesetzt. 2004 folgte ein Antrag auf Baugenehmigung für 20 WEA bei Wölkisch, welcher 2006 vom Antragsteller zurückgezogen wurde. Die zuständige Raumordnungsbehörde hatte ihre zuvor positiv lautende Stellungnahme dahingehend geändert, dass Standorte und vor allem die Bauhöhe der geplanten Anlagen abzulehnen seien. 2009 erlangte der überarbeitete und bis heute gültige Regionalplan Rechtskraft, dessen Kapitel zum Thema Windenergie jedoch wegen Abwägungsfehlern ausgenommen wurde. Etwa zeitgleich wurden mehrere Genehmigungsanträge für insgesamt neun

Windenergieanlagen eingereicht, welche die regionalplanerisch festgelegte Höhenbeschränkung berücksichtigten. Mit dem 2012 vorgelegten Teilplanentwurf zur Windenergie sollte die Höhenbegrenzung in Wölkisch aufgehoben werden, allerdings wurde der Entwurf aus anderen Gründen nicht zur Genehmigung geführt. Die Stadt Lommatzsch hat daraufhin ein Zielabweichungsverfahren (ZAV) bei der Raumordnungsbehörde initiiert, um das Vorranggebiet auszuformen bzw. die Höhenbegrenzung entsprechend des Teilplanentwurfs zur Windenergie 2012 als Planungsbasis ansetzen zu können. In Sachsen gilt das Windparkprojekt Wölkisch als positiver Ausnahmefall eines ZAV, welches zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht wurde.



**„Beim Bau des Windparks Wölkisch ist es uns gelungen, die Beteiligung auf ganzheitlicher Ebene umzusetzen. Die enge Zusammenarbeit mit der Stadt Lommatzsch, den Landwirten und den Bürgern war entscheidend für die Realisierbarkeit unseres Vorhabens.“**

Markus Brogssitter, WSB

## Über lange Zeiträume Beteiligung organisieren

In öffentlichen Stadtratssitzungen und internen Arbeitskreisen tauschten sich WSB Projekt und Lommatzscher Planungsverantwortliche zum aktuellen Stand und weiteren Vorgehen aus. Veröffentlichungen in kommunalen Presseerzeugnissen und auf der Kreisebene gaben die Grundlinien der Planung wieder. Die WSB trat als Ansprechpartnerin auf Festen und Sportveranstaltungen wie dem Jugend-Fußballturnier „Energiecup“ des SV Lommatzsch auf, um mit möglichst breiten Kreisen der Bürgerschaft in Kontakt treten zu können. Es formierte sich eine feste Gruppe betroffener Eigentümer und Bewirtschafter einzelner Flächen im Vorranggebiet, die über Jahre als „Interessengemeinschaft PRO Lautzschen“ (IG) organisiert war. Insbesondere bei der Entwicklung des Windparkgebietes in den Jahren 2000 bis 2010 fanden direkte Abstimmungen zwischen WSB, Stadtverwaltung und IG statt. Für einen Teilbereich des Windparks konnte die Sächsische Landsiedlung GmbH (SLS) als Flurneuordnungsbehörde erfolgreich in den Planungsprozess einbezogen werden. Die SLS begleitet als landeseigenes Dienstleistungsunternehmen das Flächenmanagement im ländlichen Raum.

Die Windparkplanungen waren zum Teil unmittelbar eingebunden in die Erstellung eines Energiekonzeptes für die Stadt Lommatzsch. Die Energieallianz Deutschland und die Fachhochschule Mittweida konnten als Kooperations- und Netzwerkpartner gewonnen werden. Über die Nutzung der Windenergie hinaus zur Umsetzung, Verstetigung und Weiterentwicklung einzelner Maßnahmen aus diesem Energiekonzept gibt es regen Austausch in der Stadtverwaltung.

## Maßgeschneiderte Finanzlösung: Bürgersparen

Für Einwohner von Lommatzsch, Diera-Zehren und Hirschstein hat die WSB Projekt als Vorhabenträgerin zudem gemeinsam mit der DKB eine Möglichkeit zur finanziellen Teilhabe am Windpark angeboten. Privatpersonen konnten mit einer Mindestinvestition von 500 EUR in Form einer festverzinslichen Spareinlage (3 Prozent p. a.) das Angebot zeichnen. Die Summe von 100.000 EUR wurde bereits vor Zeichnungsfrist von den Bürgern erbracht. Die Spareinlage ist zu 100 Prozent bei der DKB abgesichert, so dass unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung des Windparks jährliche Zinszahlungen erfolgen werden.

**„Wir haben mit der WSB auf hohem Niveau, offen für die Probleme und gegenseitigen Erwartungen, vertrauensvoll zusammengearbeitet.“**

Dr. Anita Maaß, Bürgermeisterin

# Vermeidungsmaßnahmen berücksichtigen den Artenschutz

Seit 2010 trägt das altmärkische Dorf Tangeln, Ortsteil der Gemeinde Beetzendorf, den Titel Bioenergie-dorf. Es betreibt Biogasanlagen, deren Abwärme in das örtliche Nahwärmenetz einspeisen. Mittlerweile sind sowohl öffentliche Gebäude wie Dorfgemeindehaus, Kindertagesstätte, Heimatstube als auch 100 private Haushalte daran angeschlossen. Um mittelfristig auf eine regenerative Energieerzeugung umstellen zu können, plant die Gemeinde Beetzendorf die Errichtung eines Bürgerwindparks auf Tangelner Gemarkung.

Größter Arbeitgeber im Ort ist das Landwirtschaftliche Unternehmen Tangeln eG (LU Tangeln eG). Die Agrargenossenschaft gilt als Ideengeber und Hauptinitiator der Energiewende vor Ort. Ihr Ziel ist es, den Bürgern eine direkte finanzielle Teilhabe an dem geplanten

Windpark anzubieten. Als im nahen Brandenburg ansässiger Partner für die Projektierung, die Planung, die Begleitung des Genehmigungsverfahrens sowie die Errichtung des gesamten Windparks tritt die Energiequelle GmbH auf.

## Regionalplanerische Hürde erfolgreich genommen

Der Regionale Entwicklungsplan (REP) Altmark 2005 wies kein Vorranggebiet zur Nutzung der Windenergie mit der Wirkung eines Eignungsgebiets in Tangeln aus. Gemäß Raumordnungsgesetz (§6 Abs. 1 ROG) können Gemeinden dann einen Antrag auf Festlegung eines Vorranggebiets stellen, wenn die Nutzung überwiegend der dezentralen Stromversorgung im Rahmen der Daseinsvorsorge unter den Anforderungen des demografischen Wandels an die technische Infrastruktur dient. Im Juli 2012 entschloss sich die Gemeinde Beetzendorf, den Antrag zur Ausweisung eines Sondergebiets bei der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark einzureichen. Grundlage war ein klares Bürger-votum: 92 Prozent der Tangelner befürworteten die Entwicklung eines örtlichen Windparks unter der Voraussetzung, dass die Erträge in der Region bleiben. Dem Antrag wurde in der Regionalversammlung Altmark am 19. Dezember 2012 entsprochen. In südöstlicher Ortslage ist eine Fläche von 19 Hektar aus dem Vorranggebiet Wassergewinnung für die Windenergienutzung herausgenommen. Damit wurde im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung der Belang regenerativer Energieerzeugung höher bewertet als die Belange der Wasserwirtschaft.

## Mit Initiativegeist und Innovation vorangehen

Nach drei Jahren intensiver Planungsbemühungen befördern vor allem die guten Vorerfahrungen mit Biogas und Nahwärmenetz die Gründung der Bürgerwindgenossenschaft Tangeln eG im März 2015. Aktuell sind über 100 Bürger des Dorfes und der regionalen Umgebung beteiligt. Auf Grundlage eines Nutzungskonzepts, welches in enger Kooperation mit der Energiequelle GmbH im Februar 2013 erarbeitet wurde, verständigte man sich über Ziele und nächste Umsetzungsmaßnahmen des Vorhabens. Während ein Windrad durch das LU Tangeln, ein zweites Windrad durch die Energiequelle betrieben werden soll, ist das dritte Windrad für die Bürgerbeteiligung vorgesehen. Bürger der Gemeinden Beetzendorf und Rohrberg können Genossenschaftsanteile an dem Bürgerwindrad erwerben. Die



Mindestbeteiligung liegt bei 500 EUR, wobei jeder Teilhaber unabhängig von der Höhe der Beteiligung das gleiche Stimmrecht hat. Angestrebt wird eine Finanzierung mit möglichst 20 Prozent Eigenkapitalanteil. Sollte der Kapitalbedarf durch die Einwohner der Gemeinden Beetzendorf und Rohrberg nicht erbracht werden können, wird die Beteiligung landkreisweit ermöglicht. Pilotcharakter für die Region Altmark und das Land Sachsen-Anhalt könnte zudem die Realisierung des „Power to Gas“-Projekts (PTG) in Tangeln bekommen. Der zunehmenden Notwendigkeit für effiziente und wirtschaftliche Speichermöglichkeiten von überschüssigem Windstrom will man am Standort Tangeln mit einem zukunftsweisenden Forschungsvorhaben begegnen. Die PTG-Methanherzeugung soll hier zur Marktreife geführt werden, eine Machbarkeitsstudie ist bereits von Fraunhofer Umsicht erstellt worden.

## Artenschutz-Bedenken legen Projekt auf Eis

Bei der Festlegung von Untersuchungsumfang und Detaillierungsgrad der Standortprüfungen mit den zuständigen Fachbehörden (Scoping) ergaben avifaunistische Voruntersuchungen 2014, dass sich nördlich des geplanten Windparks, in weniger

als 1.000 Metern Entfernung zu den Anlagenstandorten ein Rotmilanhorst befand. Eine Genehmigung für die Errichtung ist damit aufgrund der vermuteten erhöhten Kollisionsgefahr und der aktuellen Rechtsprechung nicht ohne weiteres möglich. Gespräche zwischen Energiequelle GmbH und dem Amt für Wasserwirtschaft und Naturschutz des Altmarkkreises Salzwedel eröffneten die Möglichkeit, über qualifizierte Raumnutzungsanalysen unter Umständen die Genehmigungsfähigkeit trotz der geringen Entfernung zum Horst zu ermöglichen. Die Analyse zeigte jedoch, dass der gesamte Windeignungsbereich und angrenzende Ackerflächen mit großer Regelmäßigkeit von Rotmilanen frequentiert werden. Weitere planungsrelevante Greif- und Großvogelarten wurden gesichtet, so dass aus Sicht der Gutachter und der Unteren Naturschutzbehörde Salzwedel das Plangebiet als konfliktträchtig einzustufen ist.

**„Es gibt eine Reihe von Vermeidungsmaßnahmen im Sinne des Erhalts des Rotmilanbestandes. Der Verzicht auf ein so zukunftsträchtiges Projekt ist nach unserem Verständnis keine Lösung.“**

Gunter Willer

## SACHSEN-ANHALT



## STANDORT

Verbandsgemeinde Beetzendorf-Diesdorf, Ortsteil Tangeln, Landkreis Altmarkkreis Salzwedel, Planungsregion Altmark, Sachsen-Anhalt

## AKTEURE

LU Tangeln eG, Energiequelle GmbH, Bürgerwindgenossenschaft Tangeln eG, Fraunhofer Umsicht

## PROJEKT

BWP Tangeln mit 3 WEA des Typs E.92, Gesamtnennleistung: 6,9 MW, gemeindlicher Antrag auf Ausweisung eines Vorranggebiets in 2012 und Erstellung eines sachlichen Teilplans „Wind“, avifaunistische Voruntersuchung und Raumnutzungsanalyse Rotmilan in 2014, Genossenschaftsgründung in 3/2015

## AUFGABE

Natur- und Artenschutz

## KONTAKTBOX

Landwirtschaftliches Unternehmen Tangeln eG  
Geschäftsführer a. D.  
Gunter Willer  
Telefon +49 39000 439  
[www.facebook.com/LU.Tangeln](http://www.facebook.com/LU.Tangeln)

# Hunsrücker planen über Landkreisgrenzen hinaus

## RHEINLAND-PFALZ



### STANDORT

Gemeinden Daxweiler, Oberdiebach, Weiler, Städte Bingen und Ingelheim  
Landkreise Bad Kreuznach und Mainz-Bingen,  
Planungsregion Rheinhessen-Nahe,  
Rheinland-Pfalz

### AKTEURE

Stadtrat Ingelheim  
Rhein Hessische Energie- und  
Wasserversorgungs-GmbH,  
GEDEA-Ingelheim GmbH,  
Thüga Erneuerbare Energien (THEE)  
GmbH & Co. KG

### PROJEKT

GWP Kandrich mit 6 WEA des Typs  
E.101, Gesamtnennleistung 18 MW,  
am Netz seit 8/2014

### AUFGABE

Windenergie im Wald

Der Gemeinschaftswindpark (GWP) Kandrich ist gewissermaßen mit Rückenwind gestartet. Seine Vorgeschichte reicht zurück bis in die 1990er Jahre, als auf dem unbewaldeten Gipfelplateau des Kandrich und dem Ohligsberg die ersten Windenergieanlagen (WEA) errichtet wurden. Mit Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms, das seit Juni 2012 rechtskräftig ist, wurde eine zusätzliche Fläche als Vorranggebiet ausgewiesen, womit die Voraussetzung für die geplante Erweiterung des existierenden Windparks geschaffen war. Mittlerweile drehen sich 15 WEA an diesem Standort.

Der Windpark ist ein Gemeinschaftsprojekt des kommunalen Energieversorgers Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-GmbH (kurz: Rhein Hessische) aus Ingelheim, dem regionalen Unternehmen GEDEA-Ingelheim, das die Neuanlagen projektiert hat, und Thüga Erneuerbare Energien, die gemeinsam die Neuanlagen errichtet haben und während der nächsten Jahre betreiben werden. In nur sechs Monaten wurden die Windräder von den Fundamenten bis zu den Rotoren durch größtenteils lokale Bauunternehmen errichtet. Knapp 32 Mio. EUR beträgt die Gesamtinvestitionssumme, circa die Hälfte des erforderlichen Eigenkapitals wird durch Bürgerbeteiligung von der GEDEA-Ingelheim GmbH & Co. KG Kandrich Bürgerbeteiligungs-KG finanziert. Mehr als 450 Personen und Unternehmen, mehrheitlich direkte Nachbarn der Anlagenstandorte, stellen zusammen 6,5 Mio. EUR bereit.

## Transparente Informationspolitik ist alltägliche Praxis

Der Planungsprozess des GWP Kandrich profitierte sowohl von der regionalen Verankerung der planenden Akteure und deren Vertrautheit mit den kommunalpolitischen Verhältnissen als auch früheren Projekterfahrungen und der fachlichen Expertise im Konsortium (THEE, GEDEA-Ingelheim, Rhein Hessische). Zum Teil kennen sich einzelne Schlüsselakteure seit vielen Jahren. Beteiligte Kommunen wie auch investierende Bürger hatten die Gewissheit, auf hohen energiewirtschaftlichen Sachverstand in der Windparkgesellschaft zurückgreifen zu können. Unter den Initiatoren bestand ein gemeinsames Grundverständnis über die Bedeutung von Kommunikation im Planungsprozess: der direkte Austausch mit einzelnen Stakeholdern schien stets die beste Lösung. So wurden umfangreiche Gespräche mit betroffenen Kommunen über die

Zahlung der Pachten geführt, regelmäßige Arbeitskreistreffen mit Verwaltungsmitarbeitern und Bürgermeistern ausgerichtet. Mit Vertretern aus den Genehmigungsbehörden wurde u. a. diskutiert, wie parallel verlaufende Entwicklungen auf den einzelnen Verfahrensebenen möglichst sinnvoll miteinander verschnitten werden können. Hier gab es Abstimmungsbedarf zu der Frage, in welcher Weise die Fortschreibung des Regionalplans effizient mit Bauleitplanung und Genehmigungsverfahren Hand in Hand gehen kann. Der interessierten lokalen Bevölkerung wurden in festem Turnus die aktuellen Planungsstände vorgestellt. Dank einer guten Diskussionskultur und Sachorientiertheit der Bürger während der Informationsveranstaltungen war eine Moderation durch externe Dritte nicht vonnöten.



## Kommunale Flächen und Windenergie im Wald

Besonders tragfähig wird finanzielle Teilhabe von Kommunen, wo sie Eigentümer der Standortflächen sind und die reine „vermögensverwaltende“ Betätigung mit einer wirtschaftlichen Betätigung nach Gemeindeordnung verknüpfen können. Der GWP Kandrich wurde ausschließlich auf kommunalen Flächen umgesetzt.

Die Windenergienutzung im Wald ist auch auf dem Kandrich nicht konfliktfrei. Daher kristallisierte sich die so genannte Eingriffsminderung als zentrales Gesprächsthema mit den Verpächtern heraus. Oberstes Gebot war es daher, in Bezug auf erforderliche Kranstell- und Zuwegungsflächen die Holzeinschlagsmengen so gering wie möglich zu halten. Kann man sich darauf verständigen, weitestgehend das vorhandene Forstwegenetz zu nutzen, können Rodungs- und Wiederaufforstungsmaßnahmen minimiert werden.

## KONTAKTBOX

Stadt Ingelheim  
Bürgermeister Ralf Claus  
Telefon +49 6132 782-0  
[www.ingelheim.de](http://www.ingelheim.de)

Rhein Hessische Energie- und  
Wasserversorgungs GmbH  
Geschäftsführer Peter Hausen  
Telefon +49 6132 78 01 103  
[www.rhein Hessische.de](http://www.rhein Hessische.de)

Gemeinschaftswindpark  
Kandrich GmbH & Co. KG  
Geschäftsführer Wilfried Haas  
Telefon +49 6132 71001-20



**„Mit diesem Windpark haben wir bewiesen, dass kommunale Projektentwicklung unter Einbindung und Beteiligung der Bürger realisierbar ist, ohne bei der dezentralen Stromerzeugung die lokale Wertschöpfung in der Region aus der Hand zu geben.“**

*Peter Hausen, Rhein Hessische*

# Ampel zeigt Grün für Windenergie auf dem Veltruper Feld

Vier Kilometer von Emsdetten entfernt, an der Stadtgrenze zu Rheine, Hörstel und Saerbeck, drehen sich mit acht Neuanlagen aktuell 19 Windräder mit einer Gesamtleistung von 41 Megawatt.

Mit Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) sendete die Stadt Emsdetten Ende 2011 ein erstes Signal zur Unterstützung der geplanten Erweiterung des Windparks auf dem Veltruper Feld. Gemäß damals gültigem Regionalplan Münsterland lag die vorgesehene Fläche außerhalb der regionalplanerisch ausgewiesenen Flächen der Vorranggebiete für Windenergie, so dass ein Zielabweichungsverfahren (ZAV) eingeleitet und in einem Parallel-

verfahren die bisherige Konzentrationszone für Windenergie formal aufgehoben wurde. Nach einer gesamtstädtischen Untersuchung, die zwischen harten und weichen Tabukriterien unterschied, erteilte die Bezirksregierung Münster 24 Monate später die Genehmigung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplans, der schließlich im Januar 2014 rechtskräftig wurde.

## Vielfältige Abstimmungen sind erforderlich

Die Schlüsselposition im Planungsprozess hatte die Firma Prowind inne, welche für Projektierung, Betrieb und Vermarktung des Vorhabens verantwortlich zeichnete. Mit Eigentümern der Standortflächen wurden vertragliche Regelungen über Pachten getroffen.

Durch die DKB konnten finanzielle Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung eröffnet werden. Die Bank organisierte u.a. die Zeichnung von Genussrechten. Der Mindestbetrag lag bei 2.000 EUR.

Die Bezirksregierung Münster wurde in Bezug auf das ZAV und die Erteilung der Flächennutzungsplangenehmigung aktiv. Sowohl Stadtrat als auch kommunale Verwaltung engagierten sich für das Vorhaben in enger Kooperation mit den zuständigen Fachämtern des Kreises Steinfurt.

## Bedenken in Bauleit- und Genehmigungsverfahren ausgeräumt

In mehrfacher Hinsicht wurden im Zuge der Planungen des Windparks Emsdetten-Veltrup mögliche Nutzungskonflikte thematisiert. Durch Heranrücken der Konzentrationszone an Wohnhäuser im Außenbereich wurden Beschwerden der Nachbarbewohner des Windparks artikuliert, wobei vor allem Vorbehalte bezüglich der landschaftsästhetischen Auswirkungen der Windenergieanlagen im Vordergrund standen. Auch gesundheitliche Beeinträchtigungen von Schall und Schattenwurf wurden befürchtet. Im Rahmen der Umweltprüfung wurden alle 19 WEA im Windfeld einbezogen und deren lärmtechnische Auswirkungen auf die



nächstgelegene Anwohnerschaft berechnet. Diese Schallberechnungen erfolgten bereits im Rahmen der Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes Windenergie. Im Rahmen der Anlagenehmigungen nach BImSchG erwachsen daraus Auflagen, die ebenfalls den Betrieb der Altanlagen im Veltruper Feld beeinflussen.

Nach der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit musste aufgrund von Brachvogel- und Fledermausvorkommen im Plangebiet eine Teilfläche zurückgenommen werden, weswegen eine WEA nicht umgesetzt werden konnte.

Ebenso bestanden in der Bauleitplanung Bedenken hinsichtlich der Radarverträglichkeit der WEA, da der Verkehrsflughafen Münster-Osnabrück sowie ein Heeresfliegerstandort in Rheine in der Nähe liegen. Durch die parallele, standortgenaue Abfrage im Rahmen der Genehmigungsanträge konnte aber Gewissheit über die Realisierbarkeit des Vorhabens eingeholt werden.

## Nachvollziehbarkeit der Planung hat Vorrang

Auf Grundlage kreisweiter Flächenpotenzialdaten hat der Kreis Steinfurt für die Windenergie besonders geeignete Flächen aufgezeigt. Mit der so genannten „Ampelkarte“ ist den kreisangehörigen Kommunen eine wichtige Planungshilfe an die Hand gegeben, das naturschutz- und artenschutzrechtliche Risiko besser einzuschätzen. Rot markierte Flächen können als artenschutzfachlich bedenklich identifiziert und von weiteren Planungen ausgeschlossen werden. Für die Erweiterung des Veltruper Felds zeigt

te die Ampelkarte weitgehend auf „Gelb“, artenschutzrechtliche Bedenken konnten aber bereits im FNP-Verfahren, z.T. durch Umplanung, ausgeräumt werden.

Im Zuge der frühzeitigen Beteiligung im FNP-Verfahren wurde eine Bürgerversammlung initiiert. Hier konnten betroffene Bürger Einblicke in die Planungsverfahren gewinnen. Nachdem von direkt betroffenen Nachbarn schriftliche Einwendungen gegen die offengelegten Pläne eingegangen waren, nahmen Prowind und Stadtverwaltung Kontakt zur Servicestelle Windenergie auf. Diese organisierte ein Mediationsverfahren, wobei in vier Sitzungen externe Mediatoren zusätzlich zu den formalen Beteiligungsschritten einbezogen und angehört wurden. Jede Partei konnte ihre Ziele und Sorgen in einem moderierten Rahmen darlegen. Der persönliche Austausch war positiv und es konnte Vertrauen aufgebaut werden, wodurch Klagen gegen die Anlagen abgewendet werden konnten.

Allgemeine Informationen über den Projektstand erfolgten in regelmäßigen Treffen der Ratsgremien sowie über die städtische Website. In der späteren Bauphase wurde eigens eine Projektwebsite eingerichtet.

**„Wichtig ist es, neben den Flächeneigentümern im Windpark auch die betroffenen Anwohner im Umkreis der Anlagen möglichst vor Beginn der Planungen zu informieren, anzuhören und beispielsweise über Genossenschaften direkt an den Anlagen finanziell zu beteiligen.“**

*Michael Brunsiek, Emsdetten*

## NORDRHEIN-WESTFALEN



### STANDORT

Stadt Emsdetten,  
Landkreis Steinfurt,  
Regierungsbezirk Münster,  
Nordrhein-Westfalen

### AKTEURE

Stadt Emsdetten,  
Prowind GmbH,  
Bürgerwind Emsdetten GmbH & Co. KG,  
Zukunftskreis Steinfurt,  
Servicestelle Windenergie,  
Deutsche Kreditbank (DKB)

### PROJEKT

BWP Emsdetten-Veltrup mit 8 WEA  
des Typs GE2.5-120,  
Gesamtnennleistung: 20 MW,  
am Netz seit 6/2015

### AUFGABE

Natur- und Artenschutz,  
Radarverträglichkeit

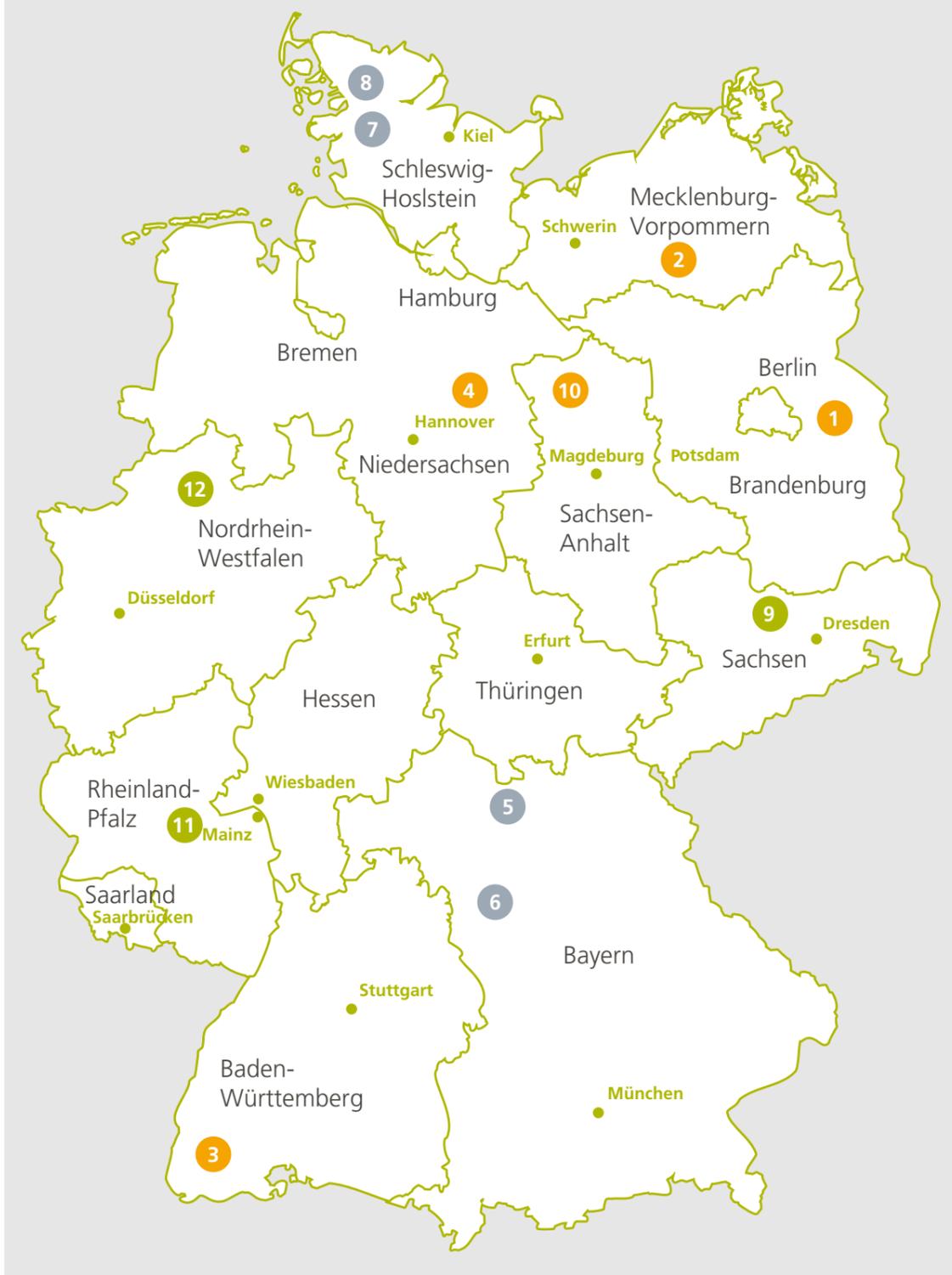
## KONTAKTBOX

Stadt Emsdetten  
Michael Brunsiek  
Telefon 02572 922 507  
[www.emsdetten.de](http://www.emsdetten.de)

Bürgerwindtelefon  
Telefon +49 541 600 29 24  
[www.buergerwindpark-emsdetten.de](http://www.buergerwindpark-emsdetten.de)



## ÜBERSICHT



- 1 Genossenschaftlich für eine „märkische Energiegewende von unten“ – Rehfelde
- 2 Wind machen für regionale Mobilitätskonzepte in der Müritzregion – Bollewick
- 3 Erarbeitung eines „substanziellen Beitrags“ der Windenergie im Schwarzwald – Schuttertal
- 4 Burgdorf steuert seine Siedlungs- und Energiepolitik eigenverantwortlich – Burgdorf
- 5 Breiter Schulterchluss für die Energiegewende in Unterfranken – Haßberge
- 6 Zonierungskonzept in der Frankenhöhe umgesetzt – Flachslanden
- 7 Faire Verteilung der Gewinne auf der Hohen Geest – Eider
- 8 Radartechnik sorgt für dunkle Nächte über den Kögen – Reußenköge
- 9 Politischer Wille für Wind in Wölkisch – Lommatzsch
- 10 Vermeidungsmaßnahmen berücksichtigen den Artenschutz – Tangeln
- 11 Hunsrücker planen über Landkreisgrenzen hinaus – Ingelheim
- 12 Ampel zeigt Grün für Windenergie auf dem Veltruper Feld – Emsdetten

- in Planung
- im Bau
- am Netz

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Axel Tscherniak  
 Fachagentur Windenergie an Land e. V.  
 Fanny-Zobel-Str. 11, 12435 Berlin  
 www.fachagentur-windenergie.de  
 post@fa-wind.de

Die Fachagentur zur Förderung eines natur- und umweltverträglichen Ausbaus der Windenergie an Land e. V. ist ein gemeinnütziger Verein. Er ist eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg, VR 32573 B.

Text und Redaktion:  
 Bettina Bönisch, FA Wind

Gestaltung:  
 EYES-OPEN Berlin, www.eyes-open.de

1. Auflage (4.000 Exemplare), Januar 2016

Die in den Texten dieser Publikation enthaltenen Angaben und Informationen sind nach bestem Wissen erhoben, geprüft und zusammengestellt. Eine Haftung für unvollständige oder unrichtige Angaben, Informationen und Empfehlungen ist ausgeschlossen, sofern diese nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich verbreitet wurden.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in den Artikeln auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

**ClimatePartner**<sup>®</sup>  
 klimaneutral

Druck | ID 53160-1512-1013

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Mit freundlicher Unterstützung von



**Zu dieser Publikation haben zahlreiche Akteure in Ländern und Kommunen beigetragen, die uns bei den Recherchen beispielhafter Windenergieprojekte behilflich waren, uns Materialien, Textbausteine oder Fotos überlassen haben, für Interviews bereit standen oder Gesprächspartner vermittelt haben. Ihnen allen gilt unser großer Dank!**